

Denkmalschutz

30 Gaslicht-Ensembles werden erhalten

Verein will aber noch mehr historische Laternen in der Innenstadt retten

Von Brigitte Schmiemann

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat bereits begonnen, die alten Gasleuchten mit den Masten abbauen und gegen neue Elektroleuchten austauschen zu lassen. Dennoch bleibt die Abkehr vom Gaslicht umstritten. Marc Schulte (SPD), Stadtrat für Stadtentwicklung in Charlottenburg-Wilmersdorf, sieht jedoch keine rechtliche Handhabe gegen den Plan des Senats, die Gasleuchten in den Berliner Bezirken abzuschaffen und auf Elektrobeleuchtung umzustellen. "Eine Beteiligung der Bezirksämter ist nicht vorgesehen. Der Kostenfaktor spielt eine Rolle, die Beteiligungsmöglichkeit ist gering", sagte er im jüngsten Ausschuss für Tiefbau.

Leuchten mit LED

Bei den 8000 Gasreihenleuchten, mit deren Austausch die Senatsverwaltung bereits begonnen hat, werde es seitens des Senats kein Umdenken geben. Die Entscheidung auf der Landesebene sei getroffen. Schulte sieht es jedoch als Erfolg an, dass zumindest einzelne Bereiche wie in Alt-Charlottenburg, am Lietzensee, am Rüdeshheimer Platz und in den Welterbesiedlungen von der Umrüstung bei den Gasreihenleuchten ausgenommen werden. "Wenn der Bereich jedoch zu groß ist, müsste der Bezirk die Mehrkosten zahlen", sagte er weiter. Die klassischen Aufsatzleuchten, die ab 2016 ausgetauscht werden sollen, werden laut Schulte dann auch mit LED ausgestattet.

Der Verein "Denk mal an Berlin" hat sich unterdessen an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gewandt. Er kritisiert, dass der Charlottenburg-Wilmersdorfer Ausschuss für Tiefbau die Beratung zu den Gaslichtleuchten bereits zum zweiten Mal vertagen musste, weil die Mitarbeiterin der Senatsverwaltung ihre Teilnahme absagen musste. "Es ist nun zu befürchten, dass vor dem nächsten anberaumten Termin im September die Gasbeleuchtung in den zur Diskussion stehenden Straßen abgerissen wird - ohne weitere Stellungnahme des Bezirks und ohne weitere Anhörung der Kulturorganisationen und der betroffenen Bürger", so die Geschäftsführerin des Vereins, Agnete von Specht.

Mit einem Kompromiss zur Gasbeleuchtung will der Verein nun erreichen, dass das nach Einschätzung von Experten "weltweit einzigartige kultur-, technik- und industriegeschichtliche Zeugnis" in Berlin erhalten bleibt. So könne beispielsweise mit dem Abriss in den Straßen der Peripherie Berlins statt in der Innenstadt begonnen werden. Dort gibt es nach Ansicht des Vereins keine Chancen, das Gaslicht aus denkmalpflegerischen oder touristischen Gründen zu erhalten. Die Baukammer Berlin, die Denkmalwacht Berlin Brandenburg, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die Eosandergesellschaft, der Förderverein Gaslicht-Kultur und der Heimatverein Charlottenburg unterstützen den Kompromissvorschlag. Der Plan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sieht vor, etwa fünf Prozent der rund 36.000 Berliner Gasleuchten zu erhalten. Bei den 8000 Gasreihenleuchten, mit denen der Austausch gegen Elektroleuchten begonnen wurde, sind es nur 2,5 Prozent. Allein für den Austausch dieses Typs rechnet die Behörde bis 2016 mit rund 30 Millionen Euro Kosten.

Die beauftragten Firmen haben Anfang des Monats begonnen, Maste und Leuchten auszutauschen. Nach Angaben der Behörde zahlt Berlin jährlich rund 24 Millionen Euro Energiekosten für die insgesamt 224.000 Berliner Straßenlaternen (davon rund 44.000 Gasleuchten), die Hälfte des Betrags kosten die Gasleuchten.

Fünf-Prozent-Zusage des Landes

Das Landesdenkmalamt wertet die Fünf-Prozent-Zusage der Landesregierung unterdessen als ein erfreuliches Zeichen. "Das ist eine Größenordnung, die wir uns noch vor einem Jahr nicht vorstellen konnten, weil die Politik darüber nicht diskutieren wollte. Eigentlich sollten alle Gasleuchten weg", sagte ein Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes bei einer Versammlung im Rathaus Charlottenburg. Er geht davon aus, dass in Berlin insgesamt 24 bis 30 Ensemble mit Gaslicht erhalten bleiben. Ob das ausreicht, muss sich noch zeigen. Vertreter der Bürgerinitiative Stuttgarter Platz haben bereits angekündigt, sich an die Gasmasten anzuketten, falls diese entfernt würden. Mit einer Petition und einer Unterschriftensammlung per Internet (www.gaslicht-ist-berlin.de) wollen die Gasliebhaber jetzt versuchen, die Politiker zu überzeugen, dass Berlins Gaslicht-Ensembles schützenswert sind.